

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Welt“, „Krautkammer“, „Der Rindfleischfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Welt“, „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
9. November 1927
10 Pfennig

Die einseitige Kompartimentierung des Blattes. Beilagenzeitung. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 25 Pfennig (zwei fertige Blätter 40 Pfennig) jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnentenzeitung 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftshaus: Unter den Eichen 3, wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontofonto: Berlin 37 536. — Bankkontofonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW 68.

Deutschnationale Sorgen.

Ein Dokument zum Revolutionstag 1927.

Im preussischen Landtag ist am 5. November 1927 folgende Kleine Anfrage Rittershaus (D. Vp.) eingegangen:

„Zwischen dem Herrn Preussischen Minister des Innern und Seiner Exzellenz dem Herrn Admiral à la suite von Schröder fand ein Briefwechsel statt wegen der bekannten Vorgänge auf dem Spittelmarkt am Tage des 8. Reichstrontalsabentages.“

Die beiden Schreiben des Herrn Ministers an Seine Exzellenz den Herrn Admiral tragen im Briefkopf und auf den Briefumschlägen die Aufschrift: „Herrn Admiral von Schröder in Berlin-Halensee.“ Das ministerielle Schreiben vom 14. Juli beginnt mit den Worten: „Ihre Beschwerde habe ich...“

Nach Artikel 129 der Reichsverfassung sind die wohlverordneten Rechte der Beamten unantastbar. Zu den wohlverordneten Rechten eines Admirals gehört die Führung des Prädikates „Exzellenz“. Das Prädikat „Exzellenz“ gehörte zur Amtsbezeichnung eines Admirals, es wurde ihm nicht als Titel verliehen.

Seine Exzellenz, der Herr Admiral à la suite von Schröder hat ein durch die Verfassung verbrieftes Recht darauf, mit „Exzellenz“ angedeutet und bezeichnet zu werden.

Der Herr Preussische Minister des Innern verleihe den Artikel 129 der Reichsverfassung, als er dieses wohlverordnete Recht des Herrn Admirals mißachtete.

Die nachstehende Annahme, daß der Herr Preussische Minister des Innern vielleicht versehenlich oder in Unkenntnis gehandelt haben könnte, ist dadurch widerlegt, daß Exzellenz von Schröder in seinem Schreiben vom 26. Juli 1926 an den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten und durch diesen weitergeleitet an den Herrn Preussischen Minister des Innern ausdrücklich auf dieses sein verfassungsmäßiges Recht hingewiesen und ausdrücklich verlangt hatte, künftig mit dem ihm zusehendem Prädikat „Exzellenz“ angedeutet und bezeichnet zu werden. Die Unterlassung dieser Forderung in dem darauf folgenden Schreiben des Herrn Preussischen Ministers des Innern vom 14. Juli zeigt die ausgesprochene Absicht, dieses wohlverordnete Recht des Herrn Admirals zu sabotieren und ist somit eine wissenschaftliche Verletzung des Artikels 129 der Reichsverfassung.

Wir fragen das Staatsministerium, ob diese Verfassungsverletzung gebilligt wird, und ob der Herr Preussische Minister des Innern zu einer sühnenden Entschuldigung gegenüber Seiner Exzellenz, dem Herrn Admiral à la suite von Schröder bereit ist? Eure Sorgen möchten wir haben!

Ergebnis der Hindenburgspende.

Raum 7 Millionen Mark.

Das Ergebnis der mit unendlicher Fleißarbeit durchgeführten Hindenburg-Spende liegt trotz der offiziellen Ankündigung, daß man darüber bis Anfang November etwas hören sollte, bisher immer noch nicht vor. Dagegen erzählt man jetzt inoffiziell durch eine Auslassung des Ruffhäuserbundes, daß aus der ganzen Welt kaum 7 Millionen Reichsmark für die Spende zusammengekommen sind und in Anbetracht dieses unbefriedigenden Ergebnisses nur ein ganz kleiner Teil der Kriegsschadigten mit finanziellen Unterstützungen bedacht werden kann. Aber auch das soll nach den Auslassungen des Ruffhäuserbundes mindestens noch Wochen oder gar Monate dauern.

Man braucht sich nach alledem nicht mehr zu wundern, warum man bisher über das Ergebnis der Hindenburg-Spende noch nichts gehört hat. Der Patriotismus des deutschen Spielers hört eben dort auf, wo der Geldbeutel anfängt.

Horthy hat wieder „gesiegt“!

Zuchthausurteile in Budapest: Szanto 8 1/2 Jahre, Bagi 4 1/2 Jahre Zuchthaus.

Budapest, 9. November.

Im Kommunistenprozeß wurde heute das Urteil verkündet. Der Gerichtshof sprach den größten Teil der Angeklagten schuldig des Verbrechens des gewalttätigen Umsturzes (?) der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung und verurteilte den Hauptangeklagten, den ehemaligen bolschewistischen Volkskommissar Jozsa Szanto, zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Amtsverlust und Verlust der politischen Rechte während dieser Zeit; Stephan Bagi zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und Verlust der politischen Rechte auf 10 Jahre; Stephen Gosztola und Jozs. Artyeski zu je 4 Jahren und Alexander Pohl zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus. Dreißig Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von acht Monaten bis 2 1/2 Jahren verurteilt, während zehn Angeklagte freigesprochen wurden.

Während der Urteilsverkündung kam es zu Skandal-szenen. Die Angeklagten lehnten den Bolschewismus hochleben und hielten auch durch sonstige Zwischenrufe die Verlesung des Urteils. Die Gefängniswärter konnten nur mit großer Mühe die Ordnung aufrechterhalten. Der Präsident verhängte über die Ständemacher eine Ordnungstrafe von 4 bis 5 Tagen Dunkelzelle.

Kriegsspann in Rußland.

Die Wirkung des bolschewistischen Kriegsgefahr-Geschreis auf das russische Volk.

Im Oktober sprach Bucharin auf dem Plenum des Zentralkomitees und der zentralen Kontrollkommission über die Kriegsspann, die die russische Bevölkerung ergriffen hat:

„Wenn hier bei der Erörterung der vorhergehenden Punkte der Tagesordnung von Schlangengessen gesprochen wurde, und man dies der unrichtigen Politik des Zentralkomitees in die Schuhe schieben wollte, so haben die oppositionellen Genossen ein vergessen, und zwar, daß wir bereits jetzt, obwohl wir noch keinen Krieg haben, in erheblichem Maße die Schwierigkeiten einer Vorkriegsperiode zu spüren haben.“

Es ist ja eine Tatsache, daß wir in den Rubriken aller möglichen wirtschaftlichen und statistischen Tabellen eine Gruppe außerordentlicher, übermäßiger Nachträge sehen, die bereits da ist, anwächst, und nicht nur durch die Aufregung des Spielers, sondern selbst ziemlich bedeutender Schichten der Arbeiterklasse bedingt ist, durch die Aufregung darüber, daß wir die Schwierigkeiten einer Vorkriegsperiode erleben würden.

Dies ist eine ganz reale Tatsache. Und haben wir nicht zugleich, wenn wir uns der Frage vom sozialen Klassenstandpunkt, vom Standpunkt der Verteilung der sozialen Klassenkräfte innerhalb des Landes nähern, haben wir nicht im Zusammenhang mit der gesteigerten Kriegsgefahr eine Belebung gewisser gegen die Sowjets gerichteter, sowjetfeindlicher Kräfte? Ist es nicht ganz klar, daß alles Kleinbürgerliche Schachergeindel auf den Krieg spekuliert? Haben wir nicht eine Belebung der faschistischen Stimmungen auf der Linie des Antisemitismus, der in unserem Lande bedrohlich anwächst? Ist es nicht klar, daß diesem Einfluß

die Kulakenelemente, die bürgerlichen und die „Nep“-Elemente in unserem Lande unterliegen?“

Das sind die Folgen des „Kriegsgefahr“-Geschreis der Bolschewiki! Sie haben aus agitatorischen Gründen die russische Bevölkerung in Kriegspsychose gestürzt.

Faule Äpfel, Pfliffe, Gelächter.

Mißtöne im Revolutionsfest.

Moskau, 8. November. (Antifisch.)

In Moskau unternahmen einige Führer der Opposition vereinzelte Versuche, die Aufmerksamkeit der Demonstranten durch ihre an einigen Stellen ausgehängten Bilder und entsprechende Aufrufe auf sich zu lenken. Es ist jedoch kein einziger Fall zu verzeichnen, wo das Erscheinen Oppositioneller von den Arbeitern, Angestellten, Soldaten der Roten Armee und Studenten beifällig aufgenommen worden wäre. Die Demonstranten empfinden sie vielmehr mit Gelächter, gellenden Pfiffen und Niederrufen und bewarfen die an den Fenstern zweier Moskauer Häuser erschienenen Oppositionellen mit lauten Pöfeln, Gummischuhen usw. Unter den Rufen „Nieder mit den Verrätern!“ und allgemeinem Gelächter mußten die Trotskyisten sich verbergen. Ein Versuch Trotsky, am mehrrussischen Bahnhof eine Rede zu halten, erregte einen Proteststurm vorbeikommender Demonstrationzüge, und Trotsky mußte sich, ohne auch nur einen Satz hervorbringen zu können, sofort entfernen. Ebenso mißlang ein Versuch von Oppositionsführern, demonstrativ hervorzutreten in Leningrad, wo die Demonstranten mit Rufen, Pfiffen und Gelächter die dort erschienenen Oppositionsführer Sinowjew, Kadel und Zensobinow zwingen, sich zu entfernen.

Faschistenwut auf Frankreich.

Römische Entrüstung über den Vertrag mit Südslawien.

Rom, 9. November.

In einer Besprechung des jugoslawisch-französischen Vertrages schreibt „Lavoro d'Italia“: Frankreich hat sich Jugoslawien gegen Italien auf, und der jugoslawische Minister des Äußeren wird versuchen, mit diesem Vertrag die Opposition glauben zu machen, daß Jugoslawien nicht isoliert sei. Aber Jugoslawien gibt sich Illusionen hin; denn alle seine Verträge, gegen Italien Stimmung zu machen in Triana, Budapest, Sofia und Athen, sind mißlungen, weil diese Mächte eingesehen haben, daß Jugoslawien einen antitalienischen Bloß gründen wolle. Der Weg zum Gleichgewicht auf dem Balkan wie an der Donau geht aber und wird immer über Rom gehen. Wer diese Realität, die aus dem italienischen Siege und dem Untergang der habsburgischen Monarchie folgt, ignoriert, wird nur Enttäuschungen erleben.

„Tribuna“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich sich seiner Verantwortung als Großmacht bewußt bleiben und daß der gesunde Menschenverstand in Jugoslawien die Oberhand behalten werde.

Italiens Feuerbrand auf dem Balkan.

Paris, 9. November. (Eigenbericht.)

Das „Echo de Paris“, das bisher immer mit dem Faschismus siebäugelte, veröffentlicht einen ausführlichen Bericht eines Sonderberichterstatters über den Balkan. Darin wird in unwiderstehlicher Weise zugegeben, daß Italien bei den ewigen Vandalenüberfällen bulgarischer Komitadschis auf jugoslawischem Gebiet die Hand im Spiele habe. Wie tief der Einfluß Italiens in Bulgarien gehe, könne man schon aus der Tatsache erkennen, daß der bulgarische Finanzminister aufs engste mit der Banca Commerciale Italiana liiert sei. Jedenfalls könne man

nicht mit einer Veröhnung zwischen Belgrad, Sofia und Athen rechnen.

so lange Italien nicht seine Absicht aufgegeben habe, den Balkan unter seinen Einfluß zu nehmen. Gleichzeitig veröffentlicht das Blatt ein Interview mit dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch über die Komitadschi-Überfälle. Marinkowitsch wies darauf hin, daß diese Überfälle eine merkwürdige internationale Rechtslage hergestellt hätten. Die Komitadschis hätten nämlich

Jugoslawien rund heraus den Krieg erklärt.

Jugoslawien könne also berechtigt sein, sich mit den Waffen in der Hand zu wehren und eventuell die Offensive zu ergreifen. Aber sie stehe in offiziell-korrekten friedlichen Beziehungen zu Bulgarien und könne also keinen Krieg führen. Die bulgarische

Regierung selbst aber sei zu schwach, um gegen die Komitadschi aufzutreten. Es sei dies also ein Problem, das wichtig genug sei, um unbedingt dem Völkerbund vorgelegt zu werden.

Polen mit litauischen Emigranten.

Eine gescheiterte Konferenz in Riga.

Riga, 8. November.

Der hier abgehaltene Kongreß litauischer Emigranten endete nach erregten Tumulten mit einem völligen Mißlingen. Die Tagung zeigte die Zersplitterung der polnischen Flüchtlinge Litauens. Vertreter waren die litauischen bürgerlichen Landwirte, die litauische Sozialdemokraten und einige Sozialrevolutionäre. Als Gäste waren auch mehrere Polen anwesend, darunter der Bizebürgermeister von Wilna als Vertreter der polnischen Sozialisten. Die litauischen Sozialdemokraten waren durch den Abgeordneten Ulpe, die Arbeiterpartei durch Kainin vertreten. Die estländischen Sozialdemokraten hatten den Abgeordneten und früheren Minister Ust entsandt. Schon am ersten Kongreßtag kam es zu stürmischen Szenen, die sich auch am zweiten Tage wiederholten.

Die litauischen Sozialisten legten eine Entschlüsselung vor, die die Wilnafrage nicht ausdrücklich erwähnt. Die anderen Parteien lehnten sie ab. Die Sozialisten wiesen nach, daß die polnische Regierung die Tagung finanziere und verlangten den Rücktritt der Einberufener. Das wurde abgelehnt und die Sozialisten verließen den Saal.

Arbeiter-Offensive im Unterhaus.

Erörterungen gefordert, die die Regierung fürchtet.

London, 8. November. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus ist nach dreimonatiger Pause wieder zusammengetreten. Genosse MacDonald forderte die im Tagungsprogramm der Regierung nicht vorgesehene Erörterung folgender Fragen: Arbeitslosigkeit und Lohne im Bergbau, Seeabfertigung und Außenpolitik im allgemeinen, Washingtoner Wirtschaftskonvention.

Die Regierung versicherte, die Erörterung dieser Fragen nach Möglichkeit zulassen zu wollen (!).

Russenangst der Reichsregierung.

Die Moskauer Delegation muß wieder nach Hause fahren.

Seit ein paar Tagen befinden sich in Berlin drei russische Kommunisten, die zur Feier der russischen Revolution hierher entsandt worden sind. Neun ihrer Genossen, die gleichfalls nach Deutschland kommen sollten, war das Bismarck schon von der deutschen Botschaft in Moskau verweigert worden. Nun sollen die anderen drei auch schon morgen abreisen müssen, weil ihre auf nur fünf Tage bemessene Aufenthaltserlaubnis morgen abläuft. Versuche deutscher Kommunisten, von der Reichsregierung eine Verlängerung zu erzielen, blieben erfolglos.

Die Reichsbehörden werden sich darauf berufen, daß sie mit der kurzfristigen Aufenthaltserlaubnis für die drei Russen immer noch mehr Toleranz bewiesen hätten als die russische Regierung, die sicher keine Deutschen zur Teilnahme an „staatsfeindlichen“ Kundgebungen nach Rußland hineinlassen würden. Das ist auch an sich richtig, doch steht es Deutschland, das nach seiner Verfassung demokratische Republik ist, nicht an, die russischen Methoden zu kopieren.

Politisch können recht häufige und ausgiebige Besuche russischer Arbeiterdelegationen in Deutschland nur erwünscht sein. Die russischen Arbeiter, die so herkommen, werden von hier die Erkenntnis mitnehmen, daß in Rußland noch genug zu tun ist, wenn man die russischen Arbeiter über das Kulturniveau der Arbeiter in kapitalistischen Ländern emporheben will, und daß es ein Unsinn ist, die bolschewistischen Methoden auf Westeuropa übertragen zu wollen.

Aus diesem Gesichtspunkt bedauern wir das engherzige Verhalten der Reichsbehörden und sprechen den Wunsch aus, daß den russischen Arbeitern möglichst weitreichende Gelegenheiten gegeben werde, die Einrichtungen und Zustände Europas kennenzulernen. Eine „Gefahr für den Staat“ ist aus solchen Besuchen keineswegs zu befürchten.

Die kommunistische Presse hätte an der Geschichte kein Vergnügen, wenn sie sich nicht auch bei dieser Gelegenheit mit moralischen Verdammungen gegen die preußische Regierung wenden könnte. Aber erstens haben die Kommunisten keinen Anlaß, sich zu entrüsten, da die deutsche Praxis in diesem Fall der von ihnen hochgerühmten russischen Praxis entspricht, und zweitens liegt die ganze Angelegenheit in der Zuständigkeit der Reichsbehörden.

Adel verpflichtet.

Aber nicht die Hohenzollern.

Man schreibt uns: Das soziale Empfinden der Hohenzollern, die für ihre eigene Person unerlässlich sind, läßt sich an einem Prozeß studieren, der seit nahezu vier Jahren bei dem Landesgericht h. m. O. in Berlin gegen den Bruder des Erbprinzen, den ehemaligen Prinzen Heinrich Schwebel, Kläger sind eine Anzahl Angestellte des verstorbenen Prinzen Georg von Preußen, der als einer der wenigen sozial denkenden Hohenzollern seinen langjährigen Dienern testamentarisch keine Renten vermachte. Allerdings war diese Verfügung um so notwendiger, als dieser Dienerschaft ein sonstiger Altersversorgungsanspruch gegen Staat oder Sozialversicherung nicht zusteht.

Haupterbe des Prinzen Georg, der ein recht erhebliches Vermögen an Schlössern, Liegenschaften und Kostbarkeiten hinterlassen hat, wurde Prinz Heinrich. In einem Schreiben vom 14. Dezember 1922 erkannte die Verwaltung des vormals königlichen Hauschafes die Verpflichtung des Prinzen Heinrich zur Weiterzahlung der Renten für die Dienerschaft des Prinzen Georg an. Nach der Statutierung wurde diese Zahlung jedoch eingestellt mit der Begründung, daß die Renten nur aus den Zinsen, nicht aus der Substanz der Erbmasse gezahlt zu werden brauchten, die angeblich keinen Ertrag abwarf.

Ein etwa 70jähriges Ehepaar, von dem beide Teile ein Rentjäh-

alter lag dem Prinzen Georg gedient hatten, entschloß sich nun zur Befreiung des Klagesweges. Andere schlossen sich an. Das Armenrecht wurde bewilligt, das Landesgericht Kiel erkannte im Januar 1925 den Unterhaltsanspruch der Eheleute als gerechtfertigt an. Gegen dieses Urteil legte jedoch der Prinz Berufung ein, er verstand sich lediglich zu einer Abzahlungsleistung von 400 M., von denen der sogenannte Armenanwalt fast die Hälfte als seine Gebühren einbehielt! Den klägerischen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, wonach Prinz Heinrich wenigstens eine Teilrente bis zur endgültigen Entscheidung des Rechtsstreits zahlen sollte, lehnte das Oberlandesgericht ab, weil angeblich in drei bis vier Monaten die endgültige Entscheidung folgen würde. Das war im Frühjahr 1925. Tatsächlich ist bis heute die Entscheidung nicht erfolgt. Es ist lediglich gelungen, für jeden Pensionär eine monatliche Zahlung von je 300 M. zu erwirken, von denen wiederum der Anwalt je 100 M. abgezogen hat.

Prinz Heinrich steht offenbar auf dem Standpunkt, daß mit der Zeit die Kläger schon mürbe werden dürften, da es alte Leute sind, die nichts zu brechen und zu beissen haben. Er kann es aushalten. Denn — abgesehen von seinem sonstigen Besitz — scheut er sich keineswegs, die sorgsam behütete „Substanz“ der Erbmasse anzugreifen. So hat er bereits kostbaren Schmuck veräußert. Die 70jährigen Angestellten müssen derweil hungern. Uberschrift: Das soziale Königtum der Hohenzollern!

Lied ohne Worte.

Oder: Weil ich mir verändern wollte.

Entschliebung der Hauptversammlung der Deutschkonser-

vativen Partei Oktober 1927:
Die auserrat, Treudruck und Eigenwitz ent-

standene Keglerungsform lehnen wir ab und stehen in unerbittlicher Treue zu unserm angestammten Fürsten. Wir verwerfen den sogenannten Boden der Tatsachen.

„Kreuzzeitung“ (konservativ) vom 12. November 1918: „Wir wollen uns also zunächst auf den Boden der Tatsachen stellen.“

„Kreuzzeitung“ (konservativ) vom 10. November 1918:

„Haltlosigkeit, Schwäche, Furcht bei den Regierungsstellen und im Lager der bürgerlichen Parteien haben mit der unerbittlichen Folgerichtigkeit weltgeschichtliche Entwicklung dem Ende zugeführt, vor dem wir jetzt stehen.“

Pontius Pilatus: Was ist Wahrheit?

Preußenbund und Deutschnationale.

„Kreuzzeitung“ vom 9. November 1927 (Bericht über eine Tagung des konservativen „Preußenbundes“):

„Einstimmig wurde nachfolgende Entschliebung angenommen:

„Am Vorabend des 9. Jahrestages der Revolution muß der Preußenbund mit Bitterkeit feststellen, daß der Abstieg unseres Volkes auch im letzten Jahre weitergegangen ist. Er wird gekennzeichnet durch neue Demütigungen auf außenpolitischem Gebiete — durch die Schande der Verlängerung des Republikfluchtgesetzes mit seinem Kaiserparagrafen — durch geschwundene Einschränkungen des verfassungsmäßigen Rechtes in der Flaggenfrage — durch unitaristische Angriffe auf den staatlichen Bestand dessen, was vom alten Preußen noch geblieben ist. Fast schlimmer noch sind die Zeichen müder Gemüthung unseres Volkes an einen unwürdigen Zustand.“

Der Preußenbund hält die alte schwarzweiße Adlerfahne hoch. Er gehört nicht zu denen, die sich abfinden. Er setzt den Kampf für das preußische Königtum und für die preußische Ehre unbeeinträchtigt fort. Er fordert alle Preußen auf zur Mitarbeit im Sinne der alten Preußenbeise: Mit Gott für König und Vaterland!“

Abstieg, Republikfluchtgesetz, Flaggenfrage — alles Dinge, die in der Zeit des Rechtsblocks von den Konservativen entdeckt werden. Jetzt können ja die Herren, die vor 9 Jahren auf den Boden der Tatsachen getreten sind und ihre eigene Haltlosigkeit,

Schwäche und Furcht eingestehen mußten, wieder Lippe riskieren. Die nächsten Wahlen werden ihnen schon die Sprache nehmen, wenn die Arbeiterschaft auf die reaktionäre Frechheit die gebührende Antwort gibt.

Wahlbewegung der Angestellten.

Massenversammlungen im Rheinland.

In den letzten Tagen veranstaltete der AFA-Bund in Dortmund, Essen und Bochum große Angestelltenversammlungen, in denen Reichstagsabgeordneter Aufhäuser über den Ausbau der Leistungen und der Selbstverwaltung der Angestelltenvereine sprach. Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und gestalteten sich zu einem wichtigen Bekenntnis zu den freigewerkschaftlichen Kandidatenlisten. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte für die Versammlungen besondere Sturmtruppen organisiert, die jeden Abend gewaltig an Sprengungsversuche unternahm. Es kam überall zu stürmischen Szenen, bis die deutschnationalen Rabaukbrüder an die Luft gesetzt wurden. Der Anwalt der Deutschnationalen gegen dieses Rowdytum kommt auch in der bürgerlichen Presse zum Ausdruck.

Bekenntnis zum AFA-Programm.

Düsseldorf, 9. November. (Eigenbericht.)

Die rheinische Angestelltenvereine bekannte sich in einer Massenversammlung im Planetarium in Düsseldorf, die von 3000 Angestellten besucht war, zu den Forderungen des AFA-Bundes. Die Versammlung war wegen Überfüllung polizeilich abgesperrt. Dem Referat Aufhäusers über den Ausbau der Angestelltenvereine folgte brauender Beifall. Sieben Diskussionsredner der Gegner, die bis Rittersnacht sprachen, konnten nicht hindern, daß die Versammlung mit erdrückender Mehrheit ein Bekenntnis zum AFA-Wahlprogramm ablegte. Sprengkollonnen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes konnten infolge Abwehrmaßnahmen nicht in Aktion treten. Ein glänzender Auftakt für die Wahl!

Amerika behält sich den Krieg vor.

Um Schulden einzutreiben!

Washington, 8. November.

Die Frage der Einbeziehung der Vereinigten Staaten in die Reihe der Staaten, die den Angriffskrieg als verbrochen erklären, wird jetzt wieder lebhafter erörtert. Im Weißen Haus wurde jedoch zu den dahingehenden Vorschlägen Briands und anderer erklärt, die Regierung stehe allen Bemühungen, den Krieg zu verhindern, sympathisch gegenüber, sie fürchte jedoch, daß die Definition des Angriffskrieges Schwierigkeiten machen werde. Es könnten Fälle eintreten, in denen Rechte der amerikanischen Bürger verletzt würden und Amerika infolgedessen gezwungen wäre, einzutreten. Man trage daher Bedenken, sich gegenwärtig auf eine Politik festzulegen, die noch zu verschommen sei und einer weiteren Klarstellung bedürfe.

„New York Times“ glaubt jedoch, daß Senator Borah als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des Senats jedenfalls die Resolution durchgehen werde, die den Angriffskrieg verurteilt.

Für die nächste Tagung des Landtags, die am Montag, dem 14. November, beginnt, sind nur zwei Sitzungstage zur Erledigung kleinerer Vorlagen und der Notverordnung über Steinkohlenvorkommen vorgesehen. Der Landtag geht dann auseinander, um Ende November oder Anfang Dezember wieder zusammenzutreten.

Die belgische Kammer wählte zum Tagungsbeginn unseren Genossen Brunet zum Präsidenten wieder und überließ den sozialistischen Behrreform Antrag in schleunige Ausschussberatung. — Die Brüsseler Gastwirte und Lahnner demonstrieren durch Unruhe und Lockschluß für Aufhebung des „Waldenburger-Gesetzes“ von 1919, das den Kleinkauf geistiger Getränke verbietet.

Ein Sieg Jenguhubans. General Jenguhubang hat die Stadt Kweilä eingenommen und 10 000 Gefangene gemacht.

Konzert-Umschau.

Von Hans Tschmer.

Im Zeichen Brudners stieg Otto Klemperer in seinem zweiten Konzert mit der Staatskapelle. Er brachte des Meisters Siebente Sinfonie gewiß in anderer Art zu Gehör, als wir sie von den besten Brudnerdirigenten gewohnt sind, — aber diese Art hatte ihre Berechtigung in der Persönlichkeit Klemperers. Er gab der Sinfonie vor allem, was Brudner so sehr braucht: Zeit, — und Liebe zum Detail (hierzu vielleicht manchmal zuviel). Wundervoll geleitet also, in diesem Sinne, Stellen wie die Einschnitte vor der Durchführung und vor der Coda im ersten Satz (und viele, viele andere natürlich). Der monumentale Beweis aber für die volle Möglichkeit von Klemperers eigenartiger Brudner-Interpretation wurde im Adagio gegeben: Klemperer nahm hier zum Beispiel das Gesangs Thema viel langsamer, als man es sonst hört; aber er behielt sich damit für die Wiederholung die schönste Steigerung, dynamisch wie agogisch, vor. Dieser Satz geriet Klemperer ganz besonders gut und machte diejenigen enttäuschen, die den Künstler als ausgesprochenen Akuten des Klanges abzustempeln versuchten. In dem Scherzo gab es einen dämonischen Zug, den ich nicht darin zu sehen vermag; doch wiederum: So wie er's tat, hatte der Satz ein neues, völlig geschlossenes Gepräge. Das Finale legte Klemperer aus herzhafter Betonung der in den Themen gegebenen Kontraste fast dramatisch an, — moogegen angelegte der Vollkommenheit, in der dies geschah, nichts ergänzen war. Also: Erwuchs diese Brudner-Aufführung durchaus nicht allein aus einer einfachen, sorgfältigen Verdeutlichung der Partitur, sondern überwiegend aus einer sehr persönlichen geistigen Interpretation, so war diese in sich doch so wohlüberdacht, so sehr liebevoll studiert und vorbereitet, daß der unmittelbare packende Eindruck hieron das Publikum zu stürmischem Beifall hinriß. — Von dem neuen Bratschkonzert von Hindemith, das der Komponist selbst an diesem Abend zu ebenfalls sehr beifällig aufgenommenem Kraufführung brachte, hörte ich infolge einer Programmkollision selber zu wenig, als daß mir ein abschließendes Urteil möglich wäre.

Brund Bakter entführte uns, in seinem zweiten Konzert mit den Philharmonikern, in die Gesänge von Mozarts G-Moll-Sinfonie. Es ist schön und beruhigend, sich gelegentlich solcher Führung völlig überlassen zu können, denn man wird den Zauber der Seelenlandschaft dieser Musik selten reiner schauen, als ihn dieser Dirigent zu beschwören vermag. Sehr bewegend, sehr delikat in Dynamik und Rhythmus geriet Walter auch die Spanische Rhapsodie von Liszt, ein Werk, das, zwanzig Jahre zurücklegend, durch formale Kultur, thematische Reinheit und die Fülle der Farböne im Orchester, auch heute noch als ein Helms Meisterwerk besteht. Da zwischen spielte Hindemiths Horowitz Tschaikowskys R-Moll-Klavierkonzert, das in seiner Mischung von Süßlichkeit und breitem,

leerem Pathos kaum noch zu ertragen ist. Horowitz aber spielte es mit so großartigem Schwung, so blendender technischer Vollendung, daß man darüber oft vergesse konnte, was er spielte.

Eugen Straub, der Genfer Dirigent, bewältigte, ebenfalls mit den Philharmonikern, ein seltsames Programm, das von Handel über Bach und Honegger zu — Tschaikowsky führte. Straub ist hier als Künstler von mehr geistiger als sinnhafter Prägung wohl bekannt. Sein Handel-Concerto (in G-Moll) stieg in strengen Linien mit nachdrücklicher Reifeheit aus dem Orchester auf, und Bachs Konzert für drei Klaviere in C-Dur (wobei Carla Straub, Kurt Hermann und Eugen Straub an den Instrumenten saßen) ist nicht schöner zu denken, als wir's hier hörten. Dann gab es eine Erstausführung (und dies war die obbelagte Programmkollision) „Horace Victorieux“ (Der Triumph des Horaz) von Honegger, dem heute prominenten der neueren Franzosen (geborenem Schweizer übrigens). Es ist die Musik zu einem Ballett, nach einer gänzlich uninteressanten Geschichte aus dem Titus Volius; eine Musik, die mit den spanischen Vorgängen vielleicht eine gewisse Wirkung haben kann, in der Sachlichkeit des Konzerts aber peinlichste Dürftigkeit und Verre enthält.

Das Orchester der Schuppa ist heute bei einem Grade der Leistungsfähigkeit angelangt, der es ihm möglich macht, ein Werk von den Schwierigkeiten der Vierten Sinfonie Mahlers, wenn auch nicht restlos vollkommen, so doch derart zu meistern, daß man die Aufführung mit hohem Lobe rühmen muß. Ein Sonderlob gebührt natürlich Camillo Hildebrand, dessen Dirigieren, Liebe zur Sache und beherrschender Routine des Orchester diese Leistungsfähigkeit in erster Linie verdankt.

Unter den Sängern der letzten Tage fiel die ungarische Altistin Bastildes auf. Sie ist eine seltene Künstlerin in unserer Zeit; bei ihr bedenken sich Schönheit und vollkommene Beherrschung der Stimme mit einer Reinheit und Tiefe des erlebten Ausdrucks. Ihr Gesang wirkt auf diese Weise ganz naturhaft. Krpad Sandor unterstützte diese besonders geartete Darbietung durch seine eise Begleitung am Flügel. — Als Pianistin ganz großen Formats lernten wir Lucie Cafaret kennen. In Bachs Präludium und Fuge A-Moll (für Orgel, in B-Moll Klavierübertragung) glaubt man zunächst, daß dieses Spiel vor allem nur männlich sei. Aber in Brahms' Handel-Variationen offenbart die Künstlerin eine Bistfalt in Kraft und Zartheit, eine technische Vollendung und eine Rustalität, daß dies alles gemeinsam den großen Eindruck der begnadeten Persönlichkeit hervorruft und zugleich befestigt.

Der junge Chor endlich, unter Leitung von Helz Tieffen, sang deutsche Volks- und Kinderlieder, erstere zum Teil in nicht ganz anspruchsvoller Bearbeitung, so frisch und musikalisch sauber, daß man ihm mit Freuden zuhörte und den als Komponist hinreichend befähigten Leiter zu dem Erfolg seiner Bemühungen um die junge Sängerschaft aufrichtig beglückwünschen muß.

Der neue Abteilungsdirektor im Völkermuseum. Am Dienstag fand im Museum für Völkertunde die Einführung des Direktors Prof. Lehmann in sein Amt als Abteilungsdirektor durch den Generaldirektor der staatlichen Museen statt. Nachdem Generaldirektor Dr. Waehald auf die Einsetzungsgeschichte und die Notwendigkeit der organisatorischen Maßnahmen hingewiesen hatte, die zur Bildung der neuen Verwaltungseinheit geführt haben, entwickelte Direktor Lehmann sein besonders für den inneren Ausbau des Dahlemer Museumsgebäudes wichtiges Arbeitsprogramm.

Die Besonderheit der ethnographischen Erwerbungen — führte er aus — ist als wissenschaftliches Mittel der Forschung übersichtlich geordnet bereitzustellen, das Allgemein-Ethnologische, das Gelegemäßige, die räumliche Verbreitung und zeitliche Gruppierung deselben ist objektiv zu erkennen und in gesichertem Ergebnis zur Darstellung zu bringen. Damit knüpft Direktor Lehmann an Ideen des unvergessenen Adolf Bastian und an die alte Tradition des Berliner Museums für Völkertunde an, in dem er seine wissenschaftliche Laufbahn begonnen hat.

Verstärkung der Reichsbibliothek in Frankfurt. Der Schulausfluß der Stadiverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. ist der Ratratsvorlage beigetreten, nach der die Verstärkung der Reichsbibliothek in Frankfurt a. M. durch die Reichsbibliothek in Frankfurt a. M. durchgeführt wird. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens geschehen. Der Wert der Bücherammlung, die 93 000 Bände umfaßt, wird auf 700 000 M. geschätzt; ferner fallen der Stadt damit Liegenschaften zu, deren Friedenswert man auf 900 000 M. an gibt.

Ein deutsches Theater in Chicago. Chicago hat jetzt endlich wieder, wie im „Buchhändler-Börseblatt“ mitgeteilt wird, ein ständiges deutsches Theater erhalten, nachdem schon vorher hier und dort deutsche Aufführungen veranstaltet wurden. Rudolf Bach, der früher an der Spitze des Deutschen Theaters in New York stand, hat das Victoria-Theater gepachtet und wird Schauspiel und Operette pflegen. Die dramatische Spielzeit wird mit dem Lustspiel „Mistake von der Platz“ eröffnet, während das erste Stück der Operettensaison Dofar Strauß' „Ein Walzertraum“ ist.

„10 Jahre Oktober.“ Die Moskauer Große Staatsoper führt während der Festtage neben dem Revolutionsballett „Birkhsturm“ ein heroisches Massenpiel auf: „10 Jahre Oktober.“ Schauspiel der Handlung ist der Erdball, über dem ein Ungeheuer thronet, das die Menschheit unterjocht. Die vier Epochen betitelt sich: Doch, — Kampf, — Sieg, — Freiheit. Im letzten Teil erklingen vermehrt riesige gewaltigen Grammophon's Worte Lenins, die durch einen Lautsprecher verstärkt werden. Für dieses Massenpiel hat der bekannte Moskauer Musikprofessor Jppolitow-Iwanow eine neue Revolutionshymne komponiert: eine Kantate „Hymnus an die Arbeit“.

In der Staatlichen Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Straße 7a, ist eine Ausstellung neuer Arbeiten von Karol Schöner eröffnet worden. Die Ausstellung ist wochentags von 10 bis 12 Uhr frei geöffnet.

Das Theater. Der an der Leising-Gedächtnis stattfindende Ballus über das Theater beginnt Donnerstag, 8. Uhr, im Waldtheater, mit einem Vortrage von Direktor Barnowsky über das Thema: Der Direktor.

Stetengebliebene Reformarbeit.

Das konservative England sabotiert die Entwicklung Indiens.

Kalkutta, Anfang November. (Eigenbericht.)

Während der Termin immer näher rückt, an dem die Kommission für die Vorbereitung der indischen Verfassung ihre Arbeiten beginnen soll, wird das um ihre Zusammenlegung schwebende Dunkel immer mächtiger. Wie weit es noch von dem Beginn einer ernsthaften Inangriffnahme der verfassungsmäßig 1929 zu beendenden Vorarbeiten für die Selbstverwaltung Indiens entfernt ist, geht daraus hervor, ob In der überhaupt die Berufung zu Mitgliedern der Kommission erhalten werden. Während es einmal heißt, daß die indische Verfassung unter Dach und Fach gebracht werden soll, ehe das englische Parlament eine Majorität der Arbeiterpartei hat, verläutelt ein andermal, daß die Frage zu kompliziert ist, um sie ohne eine nochmalige Untersuchung praktisch in Angriff zu nehmen. In diesem Zusammenhang heißt es, daß eine Gruppe englischer Staatsmänner und Parlamentarier im Winter nach Indien kommen soll, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.

Aus England zurückkehrende Under bringen den Eindruck großer Enttäuschungen über die Behandlung des indischen Verfassungswerkes mit. In ihren Interims an die indische Presse herrscht allgemein die Auffassung, daß die Wünsche Indiens für den Durchschnitte Engländer überhaupt nichts bedeuten, während das Vorurteil des offiziellen England gegen ein autonom regiertes Indien größer ist als je.

Die Aufregung über diese Verschleppungspolitik, die hier als eine Politik der Hinterhältigkeit ausgelegt wird, ist in allen Parteilagern sehr groß. Selbst gemäßigte Politiker halten einen Boykott der Kommission von indischer Seite bereits für eine Selbstverständlichkeit. Die Sprache des radikalsten Flügel der indischen Nationalisten wird immer drohender. Trotzdem haben die indischen Warnungen, Beschwerden und Drohungen wenig Einfluß auf das Verhalten Englands hinsichtlich der indischen Innenpolitik. Augenblicklich fehlt es so sehr an der Geschlossenheit des indischen Nationalismus, daß die Politiker des Indo-Office gar keine Notwendigkeit für ein Entgegenkommen an die indischen Wünsche haben. Nach den politischen Rückwirkungen der religiösen Kämpfe des letzten Sommers hat die anglo-indische Politik wieder einmal Zeit zum Abwarten.

Sehr viel, ja vielleicht Entscheidendes für die Zukunft der Verfassungskommission wird die Stimmung und die Haltung des all-indischen Nationalkongresses bringen. Wenn es ihm glücken wird, eine lebendige Einheitsfront zwischen Hindus und Mahomedanern zu schaffen, und wenn es ihm weiter glückt, durch irgendein Mittel die Begeisterung und die Einmütigkeit der großen Kampfsjahre von 1920 und 1921 wieder zu erwecken, dann wird die Verfassungskommission ihre Arbeiten mit einer ungeahnten Schnelligkeit und in einer Zusammenziehung aufnehmen, die selbst die kühnsten indischen Träume übertreffen wird. Im entgegengesetzten Falle wird die indische Verfassung zu einer Mißgeburt werden, die auch nicht einen Hauch von Selbstbestimmung und Demokratie in sich tragen wird. Ein Luxus, den sich England so lange gestatten kann, als es sieht, daß die Kräfte der politischen Wirklichkeit noch immer stärker sind als der Wille der Völker Indiens.

Inder kommen nicht in den Ausschuss.

London, 9. November.

Der Ministerpräsident kündigte die Einsetzung eines Parliamentsausschusses für die indische Verfassungsreform an. In diesem Ausschuss werden zwei ehemalige Mitglieder der Arbeiterregierung sitzen, aber keine Inder. Er empfahl jedoch, daß die gleichgeborenen Körperschaften Indiens eingeladen werden sollen, ihre Ansichten dem Ausschuss zu unterbreiten. Bevor Vorschläge des Ausschusses dem englischen Parlament zur Annahme vorgelegt werden, müsse die indische öffentliche Meinung aller Richtungen genügend Gelegenheit haben, ihre Ansichten darüber auszusprechen.

Das einheitliche Strafrecht.

Bildung eines österreichisch-reichsdeutschen Parliamentsausschusses.

Wien, 8. November.

In dem zur Beratung des Strafsachenentwurfes eingesetzten Sonderausschuss des Nationalrats erstattete Abg. Dr. Kintelen Bericht über das Ergebnis der Berliner Besprechungen der Vertreter des Ausschusses mit Vertretern des Sonderausschusses des Deutschen Reichstags. Dem Vorschlag auf Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses wurde einhellig zugestimmt. Als Vertreter wurden die Abgg. Dr. Waber, Dr. Odehnal, Dr. Renner (Soz.), Dr. Kintelen, Dr. Eisler (Soz.) und Dr. Schönbauer bestellt.

Wirtschafts statt Militärdruck.

Je eher man das Rheinland räumt, um so sicherer ist die Dawes-Leistung.

Paris, 9. November. (Eigenbericht.)

Die „Botante“, das Blatt Cailloux, sucht aus dem „Börsenotiz in Berlin“ Schlussfolgerungen über die Durchführung des Dawes-Planes und die Politik einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu ziehen. Die Börsepolitik sei die Folge der Warnung Walter Gilberts an die Reichsregierung. Sie beweise, daß die Drohung mit einer finanziellen Blockade Deutschlands durch die anglo-amerikanische Hochfinanz viel wirksamer sei als alle gewalttätigen militärischen Mittel. Weder die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, noch schließlich die Besetzung des Ruhrgebietes hätten in Deutschland eine so schnelle nachhaltige Wirkung hervorgerufen, wie der Druck der Hochfinanz. Daraus ergebe sich die Lehre, daß man besser wirtschaftliche Mittel gegen Deutschland anwende als militärische. „Die Besetzung des Rheinlands nützt uns also praktisch gar nichts. Unser Rettung liegt vielmehr in der prompten Reaktion der internationalen Finanzwelt. Diese Reaktion ist unwiderstehlich. In wenigen Stunden erreicht sie mehr als alle die bisherigen Gewaltmaßnahmen. Das eigentliche Interesse der deutschen Gläubigerstaaten ist also, die Internationalisierung des Dawes-Planes nach Möglichkeit zu erwirken. Wenn wir durch eine solche Senkung unserer Rheinlandsbesetzung streichen können, daß die Dawes-Obbligationen, die bisher noch in den Kassen der Pariser Gilberts liegen, auf dem internationalen Markt verkauft und von den Sparern der ganzen Welt angenommen werden, dann können wir mit Ruhe und Sicherheit feststellen, daß die Durchführung des Dawes-Planes garantiert ist.“

Terrorflug in Bulgarien. Die bulgarische Regierung hat bei den Nachbarn in ungefähr 50 Landgemeinden einen „bedeutenden Sieg errungen“.

Sprichwörter im Recht.

„Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“

Daß dieses Sprichwort, das wir so oft bei allen möglichen Gelegenheiten brauchen, auch im Rechtsleben seine Anwendung findet, hat schon mancher zu seinem größten Schrecken erfahren müssen. Wer nämlich nach langem vergeblichen Warten auf Bezahlung von seinen Schuldnern endlich gegen diesen ein Urteil erwirkt und es dem Gerichtsvollzieher zur Zwangsversteigerung übergeben hat, bekommt manchmal vom Gerichtsvollzieher die Nachricht, daß der Schuldner keine pfändbaren Sachen mehr besitze, weil schon andere Gläubiger vorher alles Pfändbare fortgenommen und versteigert haben, so daß für den letzten Gläubiger nichts mehr übrig bleibt. Zuweilen erhält er auch die Mitteilung, daß der Gerichtsvollzieher keine bisher noch nicht gepfändeten Sachen vorgefunden und daher „im Anschluß“ gepfändete habe. Diese dem Laien häufig unverständliche Mitteilung bedeutet, daß ein Gegenstand, z. B. ein Klavier im Werte von 500 M., bereits für einen Gläubiger für dessen Forderung in Höhe von 300 M. gepfändet, aber dann für einen andern Gläubiger für dessen Forderung noch einmal gepfändet ist, so daß für den zweiten die Summe zur Verfügung steht, die über die Forderung des ersten Gläubigers aus dem Erlös sich ergibt. In beiden Fällen sind also andere Gläubiger zuerst gekommen, sie „mahlen“ zuerst, d. h. sie werden in erster Linie aus dem Erlös befriedigt, und der später gekommene erhält nur den Rest, woraus die Lehre herzuleiten ist, daß wegen der Geltung dieses Grundsatzes in wirtschaftlich unsicheren Zeiten die Milde gegen den Schuldner, die an sich durchaus am Platze sein mag, nicht zu weit ausgebaut werden darf. Bei der Anschlußpfändung geht übrigens, worauf noch hingewiesen werden muß, der Auftrag des später kommenden Gläubigers an den ersten Gerichtsvollzieher über. Dieser betreibt die Pfändung weiter, so daß auch der später pfändende Gläubiger sich wegen seiner Anliegen an diesen Gerichtsvollzieher wenden muß. Manchmal kommen die verchiedenen Gläubiger nicht nacheinander, sondern zu gleicher Zeit. Erhält der Gerichtsvollzieher z. B. eines schönen Tages mehrere Aufträge von verschiedenen Gläubigern gegen denselben Schuldner, so hat er für alle gleichzeitig zu pfänden und sie aus dem Erlös nach Höhe ihrer Forderungen oder, wenn die ganze Summe nicht ausreicht, anteilmäßig zu befriedigen. Häufig muß der Gläubiger es gegen sich gelten lassen, daß ein anderer ihm zuvor gekommen ist, obwohl dies bei der

Pfändung nicht ersichtlich war, z. B. wenn die vom ersten Gerichtsvollzieher angelegten Siegel abgefallen sind, so daß der zweite Gerichtsvollzieher glaubt, noch nicht gepfändete Gegenstände zu pfänden. Dann geht, wenn sich später die erste Pfändung herausstellt, diese demnach der zweiten Pfändung vor. Ferner besteht häufig an den Gegenständen ein Pfandrecht, z. B. an den in der Wohnung stehenden Möbeln ein Pfandrecht des Hauswirts. Hier ist der Hauswirt zuerst gekommen und hat daher, wenn die Sachen für einen anderen gepfändet oder versteigert werden, für seine Miete in bestimmtem Umfange als erster einen Anspruch aus dem Erlös.

Der später gekommene steht aber nicht in allem dem ersten Gläubiger nach. Wenn der erste Gläubiger beispielsweise dem Schuldner auch die Forderung gestundet hat, kann der Anschlußpfändende trotzdem den gepfändeten Gegenstand zur Versteigerung bringen. Er braucht nicht zu warten, bis die Stundung des Erstgläubigers abgelaufen ist, muß aber wiederum auch trotz der Stundung dem Erstgläubiger aus dem Erlös dessen Forderung zuerst beglichen. Nicht immer ist die Reihenfolge, in der die Gläubiger angekommen sind, klar. Es kann Streitig sein, für wen zuerst gepfändet ist, insbesondere, wenn mehrere Gerichtsvollzieher bei der Pfändung mitgewirkt haben. Wer — falls der Erlös zur Deckung aller Forderungen nicht ausreicht — annimmt, daß er der erste ist, während der verteilende Gerichtsvollzieher ihn erst in zweiter Linie berücksichtigen will, braucht sich mit dieser Entscheidung des Gerichtsvollziehers nicht einverstanden zu erklären, sondern kann die Hinterlegung des gesamten Erlöses verlangen und muß dann entweder gütlich oder im Wege der Klage sich mit den anderen Gläubigern auseinandersetzen.

Nicht in allen Fällen findet eine Befriedigung der Gläubiger nach der Reihenfolge statt, in der sie gegen den Schuldner mit Zwangsversteigerungsmaßnahmen vorgegangen sind, nämlich dann nicht, wenn der Schuldner oder ein Gläubiger Konkurs anmeldet, wodurch bewirkt wird, daß eine gleichmäßige Verteilung an alle Gläubiger nach Höhe ihrer Forderung und der vorhandenen Konkursmasse stattfindet, also nicht in der Reihenfolge ihres Borgens, so daß hier das Sprichwort „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ nicht gilt. Rechtsanwalt Dr. Albert Baer.

Die Köpenicker Selbstmordtragödie.

Rein neuer Selbstmordversuch des Ueberlebenden.

Die von einem Mittagsblatt verbreitete Nachricht, daß der im Köpenicker Kesselstrassenhaus schwer daniederliegende Albert Haal einen neuen Selbstmordversuch unternommen habe, entspricht, wie uns vom Chefarzt des Krankenhauses mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Bei einer abermaligen kurzen Vernehmung machte H. noch die Aussage, daß er selbst nicht recht begreife, wie er zu der Tat gekommen ist. Als er aus der Küche, wo er ein Glas Wasser trank, in die Stube zurückkehrte, lag auf dem Tisch der Revolver, den er wie unter einem suggestiven Zwang ergriff, gegen die Schläge schloß und abdrückte. Was später geschah, weiß er natürlich nicht mehr. Ueber die Herkunft des Revolvers, der Buthe oder Niesling gehört haben muß, verweigert er jede Auskunft. Die Polizei glaubt an diese Darstellung nicht, findet aber bei ihren Nachforschungen auch bei den Angehörigen nur wenig oder gar keine Unterstützung, da alle mit ihren Aussagen zurückhalten. Auf jeden Fall kommt ein Verhauenen Dritter nicht in Frage.

Zwei Tote einer Liebestragödie.

Eine Liebestragödie wurde heute früh in der Lorgauer Straße, Platz III B, in Schöneberg entdeckt. Der 33jährige Bauunternehmer Friedrich Th. wurde in seinem Bureau mit seiner Geliebten, der 30jährigen Stenotypistin Martha B. aus der Gothenstraße durch Gas vergiftet aufgefunden. Als heute früh Angestellte zu den Büroraäumen Einlaß begehrten, fanden sie verschlossene Türen. Ein schwacher Gasgeruch ließ den Verdacht aufstossen, daß etwas nicht in Ordnung sei und Feuerwehr und Polizei wurden alarmiert. Man verschaffte sich gewaltsam Einlaß und fand in dem völlig mit Gas angefüllten Räume Th. und seine Geliebte bewußtlos auf. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Der Arzt der nächsten Rettungsstelle stellte den Tod fest, der erst kurze Zeit vorher eingetreten sein mußte. Aus hinterlassenen Briefen ging hervor, daß beide im gegenseitigen Einverständnis freiwillig aus dem Leben geschieden sind.

Schweres Autounglück in Tegel.

3 Schwer- und 2 Leichtverletzte.

In der Schloßstraße zu Tegel, wo sich erst kürzlich ein verhängnisvolles Autounglück ereignete, trat sich gestern nacht kurz nach 24 Uhr abermals ein folgenschwerer Autounfall zu, bei dem fünf Insassen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Kurz nach 24 Uhr wurden Bewohner der Schloßstraße durch einen furchtbaren Krach aus dem Schlaf geschreckt. Vor dem Grundstück Nr. 22 war ein Privatauto, dessen Fahrer auf dem vom Regen schlüpfrig gewordenen Pflaster die Gewalt über seinen Wagen verloren hatte, mit voller Wucht gegen einen Straßenbahnwagen gefahren. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß sich das Auto überschlug und völlig zertrümmert wurde. Die fünf Insassen wurden unter dem Autowrack begraben und mußten von hinzueilenden Passanten und Polizeibeamten aus ihrer entsetzlichen Lage befreit werden. Die Verletzten, der 33jährige Ingenieur Karl Wiggall aus der Schulendorfer Str. 27, der 24jährige Vertreter Friedrich Oberbeil aus der Schulendorfer Str. 26, die 16jährige Elfriede Krop aus der Brandenburger Str. 22, die 20jährige Martha Egner aus der Choriner Str. 60 und der 33jährige Kaufmann Karl Biala aus Wilmersdorf, wurden in das Städtische Krankenhaus übergeführt. Während Fräulein Egner und Biala nach ärztlicher Behandlung und Anlegung von Rotverbänden in ihre Wohnungen gebracht werden konnten, liegen die übrigen Verletzten sehr schwer danieder. Der Chauffeur des Unfallautos kam wie durch ein Wunder unversehrt davon. Die Trümmer mußten von der Tegeler Feuerwehr fortgeräumt werden.

Wie uns kurz vor Schluß des Blattes mitgeteilt wird, ist der Ingenieur Karl Wiggall im Städtischen Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Feuer in Wilmersdorf.

Ein Großfeuer wütete heute vormittag mehrere Stunden lang auf dem umfangreichen Holz- und Baumaterialienplatz der Firma Linke in der Mannheimer Straße zu Wilmersdorf. Die Feuerwehr, die gegen 8.30 Uhr auf den Alarm zunächst mit drei Löschzügen anrückte, fand bei ihrem Eintreffen bereits einen so ausgebreiteten Brandherd vor, daß sofort III. Alarm, d. h. „Großfeuer“ weitergeschickt werden mußte. Unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy rückten hierauf zwei weitere Züge und ein

Rettungswagen an. Die Flammen hatten in kurzer Zeit einen gewaltigen Schuppenkomplex, in dem kostbare Rughölzer und fertige Bauhölzer lagen, ergriffen. Die Löscharbeiten wurden besonders dadurch erschwert, daß der Regen die Rauchmassen niederdrückte und den Feuerwehrlenten zeitweise jede Sicht nahm. Zusammenstürzende Bretterstapel gaben mehrmals Veranlassung, die Feuerwehrleute wegen der Gefahr zurückzuziehen. Nach fast dreistündiger angestrengter Tätigkeit, wobei aus zehn Schlauchleitungen großen Kalibers Wasser gegeben wurde, war die Hauptgefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Mittagsstunden hinein.

Immer wieder neue Ueberfälle.

Ein Ueberfallener schwer an den Augen verletzt.

In der Hubertus-Allee wurde gestern abend der 37 Jahre alte Kaufmann Willi Sch. aus der Württembergischen Straße überfallen und schwer verletzt. Eine Frau, die vor einem Ranne herging, sprach ihn auf der Straße zu durchsichtigen Schmied an. Als er sich das verbot, kam der Mann herangelaufen, packte ihn, schlug mit einem harten Gegenstand auf ihn ein, zertrümmerte ihm dabei das Augenglas und verletzete ihn zu Boden zu werfen. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen eilten ein Beamter des 154. Reiter- und Postkavallerie-Regiments. Letzterer ergriff den Strauch und seine Begleiterin die Flucht, und beide entkamen trotz Verfolgung in der Dunkelheit. Der Ueberfallene wurde an den Augen so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus in der Uffenhofstraße gebracht und in die Augenklinik aufgenommen werden mußte. Ohne Zweifel war es wieder auf einen Raub abgesehen, zu dessen Ausführung das Frauenzimmer das Opfer auserkoren sollte.

In der Emanuellirstraße stand heute früh eine 34 Jahre alte Hausangestellte Marie S. im Begriff, die Tür des Hauses 34, in dem sie wohnt, aufzuschließen. Da trat plötzlich ein unbekannter Mann von hinten an sie heran und versuchte, ihr die Aktentasche, die sie unter dem Arm trug, zu entreißen. Als ihm das nicht gelang und die Angefallene um Hilfe rief, drückte er ihr die linke Hand auf den Mund und verletzte ihr mit einem Stoß, den er in der rechten Hand hielt, mehrere Schläge über den Kopf. Schußbeamte des 70. Reiter-Regiments oder die Hilferufe bereits gehört und eilten im Lauffschritt heran. Das veranlaßte den Räuber, schleunigst die Flucht zu ergreifen. Die Verfolgung blieb ohne Ergebnis.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen angetrunkenen Mufflern und einem Eisenbahnbeamten kam es in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr auf dem Bahnhof Spandau-West. Die Muffler, die von einer Tanzveranstaltung kamen, häuften den Türschlichter Wilhelm Behrendt und ergingen sich in unflätigen Redensarten, als er sich das verbot. Statt auf Befragen ihre Fahrtkarten vorzuzeigen, fielen sie über Behrendt her, schlugen ihn zu Boden und hieben, während er dasag, mit den Mundstücken ihrer Instrumente auf ihn ein. Zahngäste, darunter ein Reichwehrlotse, sprangen dem Angefallenen bei und befreiten ihn mit Gewalt von seinen Gegnern. Behrendt erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch einer der Anstreifer, der Rusifer König, trug Kopfverletzungen davon, die im Krankenhaus verbunden werden mußten. Er wurde dann der Polizeipolizei übergeben, ebenso zwei Mittäter, Rusifer Gebrüder Eichberg.

Ein Raubüberfall aufgefährt.

In der Nacht zum Sonntag wurde ein Buchhalter Karl St., als er auf dem Heimwege die Ritterstraße entlangging, von zwei Begleitern überfallen. Die beiden stießen ihn vom Rad, so daß er hinfiel, raubten ihm das Rad und seine Borschaft und verschwand damit. Die Beamten des Raubbezirks ermittelten zunächst die Stelle, wo die Räuber das Rad für 20 M. verkauft hatten, gingen dieser Spur weiter nach und stellten als einen der Täter einen 26 Jahre alten Friedrich Vender fest. Gestern gelang es ihnen, diesen in der Schönhauser Straße ausfindig zu machen und festzunehmen. Der Verhaftete ist geständig und wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Seinen Mittäter, der nach gesucht wird, will er nicht kennen. Er behauptet, daß er in einem Lokal in der Ritterstraße zufällig mit ihm zusammengekommen sei.

Todesurteil in Dessau.

Das Anhaltische Schwurgericht verurteilte den Kaufmann Erich Schröder aus Leipzig, der am 9. Juni den Rittergutsbesitzer Klepp aus Kleinpöschken, Kreis Cöthen, auf einer Wagenfahrt niedergeschossen und dessen Sohn schwer verletzt hatte, wegen Mordes zum Tode. Schröder ist dadurch verurteilt, daß seine Witwe kein Erbgut vor dem Kriege an Klepp verkauft und dieser eine Resthypothek während der Inflationzeit zurückgezahlt hatte. Der Gerichtsvorsitzende empfiehlt eine Begnadigung, da Schröder aus verletztem Rechtsgefühl gehandelt habe.

Ausperrung in der Textilindustrie.

55 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil 8 000 streiken!

Die Verhandlungen gescheitert.

Barmen, 9. November. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag unter dem Vorsitz des Schlichters für Rheinland-Westfalen begonnenen Verhandlungen zur Beilegung der Streitigkeiten der rheinischen Textilindustrie sind gescheitert. Die Unternehmer weigerten sich, vor dem Eintritt in die Verhandlungen ihre Kampfmaßnahmen zurückzunehmen.

Inzwischen hat sich die Zahl der Streikenden auf 8 000 erhöht.

Damit wird die zu heute angekündigte Gesamtausperrung der 55 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der rheinischen Textilindustrie wirksam werden.

Die Textilbarone wollen ihren neuen Kampffonds erschöpfen.

Eisbergfeld, 9. November. (Eigenbericht.)

Die Ausperrung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen ist bereits überall durchgeführt, mit Ausnahme der kleineren Betriebe, in denen vielfach 14tägige Kündigungsfrist besteht, die noch nicht abgelaufen ist. In Frage kommen 55 000 Personen, außer den 8 000 Streikenden.

In diesem Kampfe handelt es sich nicht etwa um auferzählige Forderungen, sondern um die Erneuerung des zum 31. Oktober regeltätig gewordenen Tarifabkommens. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung aller Lohnsätze um 20 Proz., sowie einen besseren Aufbau der Branchenarbeitsverträge. Die Unternehmer waren zunächst zu einer Lohnhöhung um 4 Proz. bereit, die sie im Laufe der Verhandlungen auf 10 Proz. erhöhten, jedoch nur für die Zeitlohnarbeiter. Solche werden jedoch nur zu etwa 2 Proz. beschäftigt. Die große Masse der Akkordarbeiter soll nicht einen roten Heller Zulage bekommen, und auch die qualifizierten Facharbeiter sollen leer ausgehen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen ihre Lebenshaltung der Lebensmittelpreiserhöhung „anpassen“, den Schwächere enger schnallen.

„Selbstverständlich“ wurde auch die Forderung abgelehnt, den Frauen, die die gleichen Arbeiten wie die Männer verrichten, auch den gleichen Lohn dafür zu zahlen.

Bekanntlich wurde in der zweiten Septemberhälfte dieses Jahres in der Textilindustrie eine besondere „Gefahren-gemeinschaft“ gebildet, um die Gefahren, die die Unternehmer in der Zahlung auskömmlicher Löhne erblickten, abzuwehren. Diese „Gefahren-gemeinschaft“ umfaßt nahezu die gesamte deutsche Textilindustrie, jedenfalls ihre wichtigsten Bezirke. Die „Kampfgemeinschaft“ der Unternehmer trug nach Angabe ihrer Gründer zunächst einen defensiven Charakter. Jetzt aber sehen wir sie in der Offensive, der Ausperrung, um die Lohnbewegung „abzubremsen“.

Damit ist diese Gefahren-gemeinschaft zu einer wirklichen öffentlichen Gefahr für die Existenz der Arbeiter und Arbeiterinnen geworden.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen sollen als Arbeiter, als Menschen, als Konsumenten und Steuerzahler gedrückt werden, damit der Profit der Unternehmer nicht geschmälert wird. Die Arbeiterschaft muß alles daransetzen, solche gemeingefährlichen „Gefahren-gemeinschaften“ der Unternehmer zu überwinden.

Aus reiner Bequemlichkeit...

Heraus aus der schädigenden Gleichgültigkeit!

Von den zahlreichen Zuschriften, die uns im Verlauf unserer Werbeweche zugegangen sind, scheint uns die folgende u. a. derart kennzeichnend, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Sie lautet:

Berlin, den 6. November 1927.

An die Redaktion des „Vorwärts“.

„Ich erlaube mir eine Gratulationskarte des „Vorwärts“ mit dem Dankruf. Ich habe das Blatt sehr aufmerksam gelesen und muß Ihnen in sehr vielen Punkten Recht geben. Ich habe bei den Wahlen stets meine Stimme für die Sozialdemokratie abgegeben, nicht aus Überzeugung, sondern lediglich weil auch ich es für überflüssig halte, daß wir einen Kaiser haben. Im übrigen habe ich trotzdem aus reiner Bequemlichkeit den „Vokal-Anzeiger“, welchen meine Eltern abonniert haben, weitergelesen. Nun finde ich heute Sätze in ihrem Blatte, die ich im „Vokal-Anzeiger“ bisher nicht gefunden habe. Unter anderem vom Ausgang der Wahlen hängt ab: „Die Länge der Arbeitszeit, Arbeiterschutz usw.“

Ich bin Verkäuferin in einer Bäckerei und arbeite täglich von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ohne Unterbrechung. (Ich habe freie Kost ohne Logis und erhalte 70 M. monatlich.) Sonntags ist die Arbeitszeit von 1/8 Uhr bis 11 Uhr morgens. Dafür wird einmal in der Woche ein freier Nachmittags von 2 Uhr ab gemährt. Ich habe mich bei anderen Verkäuferinnen erkundigt und feststellen müssen, daß 12 Stunden die übliche Arbeitszeit für Verkäuferinnen in Bäckereien ist.

Anzeigen mit Namensnennung an die Gewerbebehörde und an das Gewerbeaufsichtsamt getraut sich niemand zu machen, da jeder fürchtet, seine Stellung zu verlieren.

Es wäre für Sie, als Vertreter der werktätigen Bevölkerung, eine lohnende Aufgabe, in die Betriebe der Bäckereien hineinzusehen. Bei den Wahlen könnten Sie auf Zulauf der arbeitenden Frauen rechnen.“

Der lohnenden Aufgabe, die uns hier gestellt wird, haben wir uns samt den Gewerkschaften von vornherein schon seit Jahrzehnten unterzogen und werden es auch weiterhin tun, als selbstverständlich. Aber bei diesem Hineinsehen in die Betriebe darf es nicht bleiben.

Die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, in diesem Falle auch die Verkäuferinnen in den Bäckereien, müssen mithelfen, Ordnung zu schaffen. Der Verband hat die Arbeitszeit geregelt und sie auf neun Stunden beschränkt. Die „Bequemlichkeit“, die beim Vokal-Anzeiger anfängt und bei der Organisationslosigkeit endet, muß abgetan werden. Den „Vorwärts“ lesen und dem Verband beitreten und schließlich auch der Partei!

Wenn die Inhaber der Bäckereien wissen, daß ihr Personal organisiert ist, der Verband die Arbeitszeit kontrollieren kann, dann wird bald keine Verkäuferin mehr 12 Stunden täglich im Laden sein. Mindestens in der Zeit zwischen 13 und 15 Uhr könnten die Bäckereien geschlossen werden.

Wie vieles könnte bedeutend besser sein, wenn nicht die Bequemlichkeit, die Gleichgültigkeit uns auf Schritt und Tritt hindernd im Wege stände. Das ist's ja gerade, was jeden Fortschritt so fasslich erschwert: die verdammte Bequemlichkeit, die schändliche Gleichgültigkeit.

Darum fort mit dieser nichtsungigen Bequemlichkeit, heraus aus der stupiden Gleichgültigkeit! Mit der sozialdemokratischen Stimmabgabe bei den Wahlen allein ist's nicht getan.

Räumen die Arbeiter und Angestellten sich nicht selber um sich, raffen sie sich nicht gehörig auf, dann zieht ihnen jeder profitliche Hanswurst das Fell über die Ohren.

Deshalb der bessere Appell in unserer Werbeweche: Tretet ein in eure Gewerkschaft, hinein in die Sozialdemokratische Partei.

handlungen auf 10 Proz. erhöhten, jedoch nur für die Zeitlohnarbeiter. Solche werden jedoch nur zu etwa 2 Proz. beschäftigt. Die große Masse der Akkordarbeiter soll nicht einen roten Heller Zulage bekommen, und auch die qualifizierten Facharbeiter sollen leer ausgehen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen ihre Lebenshaltung der Lebensmittelpreiserhöhung „anpassen“, den Schwächere enger schnallen.

„Selbstverständlich“ wurde auch die Forderung abgelehnt, den Frauen, die die gleichen Arbeiten wie die Männer verrichten, auch den gleichen Lohn dafür zu zahlen.

Bekanntlich wurde in der zweiten Septemberhälfte dieses Jahres in der Textilindustrie eine besondere „Gefahren-gemeinschaft“ gebildet, um die Gefahren, die die Unternehmer in der Zahlung auskömmlicher Löhne erblickten, abzuwehren. Diese „Gefahren-gemeinschaft“ umfaßt nahezu die gesamte deutsche Textilindustrie, jedenfalls ihre wichtigsten Bezirke. Die „Kampfgemeinschaft“ der Unternehmer trug nach Angabe ihrer Gründer zunächst einen defensiven Charakter. Jetzt aber sehen wir sie in der Offensive, der Ausperrung, um die Lohnbewegung „abzubremsen“.

Damit ist diese Gefahren-gemeinschaft zu einer wirklichen öffentlichen Gefahr für die Existenz der Arbeiter und Arbeiterinnen geworden.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen sollen als Arbeiter, als Menschen, als Konsumenten und Steuerzahler gedrückt werden, damit der Profit der Unternehmer nicht geschmälert wird. Die Arbeiterschaft muß alles daransetzen, solche gemeingefährlichen „Gefahren-gemeinschaften“ der Unternehmer zu überwinden.

Ich den „Vorwärts“ und euer Verbandsorgan, schickt euch Aufklärung, hört andere mit auf, halt sie mit heran und dann haben wir die Macht, die wir gebrauchen, um gründlich Wandel zu schaffen.

Was uns bisher immer noch daran hinderte, ist nichts weiter als eben diese üble Bequemlichkeit, die blöde Drückbergerei, die törichte Furcht, die der mangelnden Aufklärung, der fehlenden Ueberzeugung entspringt.

Gleich unserem Ladenkräusen gibt es noch Tausende und aber Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Verkäuferinnen und Kontistinnen, die nur darauf warten, bis wir sie mit heranziehen.

„Die Gelben auf Agitation!“

Was Achselstetter berichtet.

Zu dem Bericht in Nr. 523 des „Vorwärts“ mit der Überschrift „Die Gelben auf Agitation“ fordert der darin erwähnte Betriebsrat Achselstetter unter Berufung auf das Pressegesetz eine Berichtigung, die einen weiten Beitrag bilden zu dem Treiben der Gelben.

„Es ist unklar, daß ich von der Firma Butt u. Co. wegen Unterbringung von Beitragsgeldern oder überhaupt entlassen worden bin. Wahr ist, daß der Vorarbeiter Gustav Flach und die Kontoristin Fräulein Rutke bei der Abrechnung am 2. September 1927 ein Konto von 70 M. feststellten, welches ich für Werbezwecke (Saufahnde mit Vorarbeitern) mit Genehmigung der Bundesleitung verausgabte. Am 2. September 1927 läßt die Kontoristin selbst Einnahmen und Ausgaben. Wenn sie und Flach nun plötzlich drei Tage später einen erhöhten Monatsbeitrag feststellen, so dieses nur, um mich vollständig aus dem Betriebe zu entfernen und wahrscheinlich nur auf Weisung der vaterländischen Landtagsabgeordneten Wiedemann, Schmidt und Jerschmann, denen ich inzwischen unbenommen geworden war, weil ich offen gegen mehrere Mißstände auf ihrem Arbeitsnachweis Stellung nahm, weil sie denselben nur als ihre „gewerbliche Ein-nahmequelle“ und als Geschäft betrachteten. Ferner hat die betr. Bundesleitung des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine gebildet, daß alle ihre auf dem Arbeitsnachweis tätigen Gehilfen von ihnen selbst dadurch ausgebeutet wurden, daß man diese arbeitslosen Leute gegen Zahlung von 10 M. wöchentlich tagsüber beschäftigte und von ihnen forderte, daß sie Stempel gehen und nebenbei Unterstützung beziehen mußten.“

Auch kamen Fälle vor, wo man aufgenommenen Mitgliedern keine Karten lebte, sondern die bezahlten Wochen rechtswidrig abstempelte. Gegen dieses Kuscheuten- und Schwindelgeschick habe ich Stellung genommen; daher die Beschuldigungen gegen mich! Die benannte Bundesleitung hat dann auch den schon lange auf den Vorstandsposten jggenden Vorarbeiter Flach durch Rotation zum Vorsitzenden wählen lassen, weil dieser der richtige Mann war.

Dieser selbe Flach, der andere Leute fälschlich beschuldigt, und der selbst einen Arbeiter Fedor Schaffner angeblich verhaftet hat zu viel Lohnstunden geschrieben hatte, den überschüssigen Betrag angeblich im Auftrage der Firma rechtswidrig aus der Lohnkassette entnahm, die Zahlenliste fälschlich änderte und den Betrag von 9 M. nicht an die Firma zurückzahlte, wie er dem betr. Arbeiter und dessen Mutter vorgegeben hatte. In Wirklichkeit wußte bei der Firma niemand etwas davon. Es schwebt deshalb gegen Flach ein Strafverfahren! — Und die Kontoristin Fräulein Rutke, die am 2. September 9 M. erhalten hatte mit der Beiliegung, dieselben als Krankentafelbeiträge bei der Lichtberger Ortstrankenkasse für sich einzuzahlen. Fräulein Rutke behauptet, die Einzahlung vorgenommen zu haben, die Krankentafel das Gegenteil! Folgeschick! Fräulein Rutke hat die 9 M. unterschlagen. Dieses sind die beiden Kronzeugen der vaterländischen Abgeordneten Schmidt, Wiedemann und Jerschmann! Und so etwas was Jerschmann und Dr. Apelt nennt man „Gelbe Kanonen“? Diese Kanonendonnen haben mich absichtlich nicht geladen, weil sie meine Angriffe kennen!“

Achselstetter erklärt ausdrücklich, daß das alles an seiner „nationalen Bestimmung“ nichts ändert.

„Trotz alledem hätte ich aber die Einstellung von Mitgliedern des Steinarbeiterverbandes ermöglicht, weil es der besagte Verband mit den Arbeitern eheulich meint! Baugewerksbündler habe ich abgelehnt. Im übrigen hat die Firma Butt u. Co. nie etwas mit meinen Unternehmungen zu tun gehabt.“

Eine pressefeindliche Berichtigung braucht nicht wahr zu sein, kann aber, wie in diesem Falle, recht nützlich sein. Ohne uns natürlich die Behauptung des Achselstetter zu eigen zu machen, wird das Landesarbeitsamt gut tun, die Dinge einmal zu untersuchen. Jedenfalls ist hier ein stinkender gelber Sumpf aufgedeckt worden.

Der Schilderannmacherstreik geht weiter.

Die Kleinen sollen kaputt gehen.

Seit zwei Wochen stehen die Schilderannmacher und Heiler mit bereits im Streik. Die Ansicht der Fabrikanten, daß es den Streikenden an der Geschlossenheit fehlen würde, hat sich als irrig erwiesen. Die Streikenden üben eine überaus gute Solidarität aus, und der Wachsamkeit der Streikposten ist es zu danken, wenn Streikarbeit gänzlich unterbunden worden ist. In einigen wenigen Fällen, wo dennoch Streikarbeit verrichtet wurde, hat die Bevölkerung sich fast überall zugunsten der Streikenden eingesetzt und die arbeitswilligen Pratorianergerben vertrieben.

Die Unternehmer nehmen nun in letzter Zeit ihre Zuflucht zu einem übermäßigen polizeilichen Schutz. Die Herren, die sonst auf die Polizei ständig schimpfen und mit ihnen auf dauerndem Kriegsfuß standen, können sich gar nicht reichlich genug mit einer großen Zahl Schutzmännchen umstellen lassen. Ein derartiger Polizeischutz ist völlig unnötig. Die Streikenden lassen sich trotz der Schutzmännchen auch nicht von der Ausübung ihres gesetzlichen Koalitionsrechtes abbringen. Die polizeiliche Bewachung von Streikbrecherarbeit ist nach Ansicht der Streikleitung unnötig. Die Unternehmer wollten ja diesen Streik haben. Sie können, wenn sie wollen, den Frieden haben, wenn sie einigermassen soziales Verständnis für die Lage der Streikenden aufbringen.

Die Arbeitsverrichtung der Schilderannmacher ist nicht nur eine schwere, sondern auch eine sehr gefährliche Arbeit, weil sie meistens die sehr schweren Schilder ohne jede besondere Rüstung an die Häuser bis zur dritten und vierten Etage anbringen müssen. Trotz der nicht sehr großen Branche sind die Unfälle, die in diesem Beruf vorkommen, sehr zahlreich. Außerdem ist die Branche auf Saisonarbeit eingestellt, so daß die Annmacher im Jahre fast regelmäßig mehrere Monate beschäftigungslos sind. Die Schilderannmacherarbeit ist ein Spezialberuf. Es bedarf der jahrelangen Tätigkeit, bevor die erforderliche Berufseignung erlangt wird. In Anbetracht dessen sind die Streikenden der festen Ansicht, daß an dem Streikausgang gar nicht zu zweifeln ist, selbst wenn er noch Wochen hindurch gehen sollte.

Ein Unternehmer hat sich in seinen weissen Auspruch, daß dieser Streik so lange dauern müsse, bis die kleinen und Mittel-firmen kaputt sind. Denn damit verschwinde die un-fähige Konkurrenz für die großen und leistungsfähigen Firmen. Ob die kleinen und Mittel-firmen dies wollen, ist ihre Sache. Sondern allerdings ist es, daß einige dieser Klein-firmen für die großen Auftragsfirmen herausfordernde Dienste verrichten. Gemeldet wird, daß die Tischmeister der Firma Hermann Jakobis, Berlin, Tresdowstraße 14, Paul Neumann, Kraußstraße 14, Otto Bajener, Alte Jakobstraße 1, Ernst Bachmann, Reichenberger Straße 80, und der Gast-wirt Karl Kühner, Glühener Straße 17, für diese Aufgabe sich mit besonderer Hingabe widmen. Ob diese Tätigkeit späterhin von den Großfabrikanen entsprechend belohnt werden wird, bleibt abzuwarten. Die Schilderannmacher sprechen nochmals den Wunsch aus, daß alle diejenigen, die mit Annmacherarbeiten in Berührung gebracht werden können, sich bis auf weiteres streng abhalten und grundsätzlich keine Streikarbeit verrichten.

Gesperrte Gastmischbetriebe. Wegen Tarifbruch sind folgende Betriebe für die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafésangestellten gesperrt: Die Destillationsgeschäfte, Inh. Raband, Elßner Str. 16, Elßner Str. 11 und Rügener Straße 14; Restaurationsbetrieb Inh. Fritz Marks, Chausseest. 2.

Die Arbeitslosigkeit in England umfaßt am 31. Oktober 1 106 100 Personen, was gegenüber der Vormonats eine Zunahme von 32 060 und gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang um 453 156 bedeutet. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Arbeitsminister im Unterhaus, daß 233 691 zur Kohlenindustrie gehörende Personen als arbeitslos eingeschrieben seien.

Reisler Bauergewerkschaft. Fachgruppe der Köhler. Morgen, Donnerstag, abends 7 (10) Uhr, Versammlung der Reisler Köhler, Waldstraße 21, Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung“ zu Antritt der Wahlen der Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, vollständig zu erscheinen. Die Fachgruppenleitung.

Die letzte Nacht im Sportpalast

Spitzengruppe unverändert!

Die Nachtstunden verliefen sehr mäßig; sie brachten nur den von uns im Morgenblatt bereits mitgeteilten Rundengewinn von 100000 und später noch einen Rundengewinn von 100000. Bei dieser Angelegenheit stürzte der Italiener und brach das Rennen ein. Bald aber legte er, lebhaft bejubelt, das Rennen fort. Nach der

2 Uhr-Nachwertung

ergibt sich folgender Stand des Rennens: 1. Ehmer-Kroschel 292 Punkte. 2. Tsch. Thollmeier 252 Punkte. 3. Demof-van Kempen 237 Punkte. 4. Kroll-Riethe 134 Punkte. 5. Rausch-Hirshen 70 Punkte. Eine Runde zurück: 6. Behrendt-Junge 152 Pt. 7. Bombst-Lacquehan 45 Punkte. Drei Runden zurück: 8. Tonani-Knappe 191 Punkte. 9. Doru-Midel 110 Punkte. Fünf Runden zurück: 10. Kühl-Beite 67 Punkte.

Bis um 6 Uhr früh hat das Feld 3328,780 Kilometer zurückgelegt. Heute abend 11 Uhr geht das Rennen zu Ende. Von 10 bis 11 Uhr wird ununterbrochen gewertet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klinghöfer; Gemeindefortschritt: J. Steiner; Revolution: A. S. Böcker; Soziales und Konflikte: Rupp Radtke; Anzeigen: Th. Glöck; Familien in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegener Ausführung kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Montjoie'atz 12. Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungsverleichterung
Telephon: Alexander 4112

Porzellan, Glaswaren, Silberwaren, Lederwaren, Kleider, Schuhe, Hüte, etc.

Auch gegen 12 Monats Raten

VERLANGEN SIE SONDERANGEBOTE!

Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

KÜCHEN

mit allem
Küche Lottchen . . . 55 M. 90 M.
Küche Christine m. Anr. 85 M. 135 M.

RIESENAUSWAHL
roher, lackierter, lackierter, Küchen,
einz. Kleider- u. Küchenschränke
in ca.

135 Mustern.

HIMMEL

Hauptgeschäft:
Lothringers Str. 27, Schönhof, Tor
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 40 am Strauß-
berger Pl.

Lampenschirme und Kronen

Tisch- und Hängelampen, größte Auswahl, Teilzahlung, v. Selbsthersteller, auch Aufarbeitung und Zutaten. Kein Laden. Sie bereuen den Weg nicht. — Untergrundbahn-Haltestelle.

**Anna Perlewitz, Schöneberg,
straße 33,
am Kolonnen-Damm.**

Steyn- und Dauen-Decken

Kaufen sie heute ab jetzt
**Kornhard Strohmeyer, Berlin S 4,
Wallstraße 22, immer nach Anliefer-
ung in Berlin, Hallesches Tor, 11
1111, Berlin, Döberitz u. Vertriebsstelle billig.**

Hilfen: Spittelmarkt, Mag. nur 600 Segelstr.
Wallstraße 21-22, zwischen Hof u. Julestraße
W. Hildesheimer Platz 8, 600 Kreuzenstraße
und Tischentwurf 11, am Holstenplatz

Reparatur und Vert. — Hütel. Preisliste gratis

Schaufenster-Tapete!

Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel

Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.